Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5527

12. 09. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Gila Altmann (Aurich), Rainder Steenblock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/616 –

Kein Großflughafen Berlin Brandenburg International (BBI)

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/1296 –

Verzicht auf den geplanten Bau eines Großflughafens Berlin-Brandenburg-International

A. Problem

Beide Antragsteller fordern, von der Planung eines neuen Großflughafens im Raum Berlin-Brandenburg Abstand zu nehmen.

Der Antrag der Gruppe der PDS fordert darüber hinaus, daß der Flugverkehr über die bestehenden Standorte Tegel und Schönefeld abgewickelt wird, wobei Tegel bis zum Jahr 2005 geschlossen werden soll. Der Flughafen Tempelhof soll kurzfristig geschlossen und die Start- und Landekapazität von Schönefeld nicht erweitert werden.

B. Lösung

Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung der Anträge.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. zu dem Antrag auf Drucksache 13/616
   a) Nummer 1 wird abgelehnt,
   b) Nummern 2 und 3 werden für erledigt erklärt.
2. Der Antrag auf Drucksache 13/1296 wird abgelehnt.

Bonn, den 26. Juni 1996

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst	**Dr. Klaus Röhl**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Klaus Röhl

I.

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf Drucksache 13/616 und 13/1296 in seiner 35. Sitzung am 11. Mai 1995 federführend an den Ausschuß für Verkehr und mitberatend an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, an den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus und an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat am 27. September 1995 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Gruppe der PDS die Ablehnung beider Vorlagen empfohlen und ergänzend folgende Stellungnahme beschlossen:

1. „Die Hauptstadt Berlin braucht einen leistungsfähigen internationalen Flughafen."

Beschlossen von den Fraktionen der CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und Abwesenheit der Gruppe der PDS.

2. „Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus unterstützt das Bestreben, Verkehr aus der Luft auf die Schiene zu bringen. Deswegen sollte der neue Flughafen nicht überdimensioniert sein."

Einstimmig beschlossen bei Abwesenheit der Gruppe der PDS.

3. „Zur Standortfrage im einzelnen und zur Größe des neuen Flughafens nimmt der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus keine Stellung."

Beschlossen von den Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und einigen Mitgliedern der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD und Abwesenheit der Gruppe der PDS.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 29. November 1995 mehrheitlich bei Stimmenthaltung einiger Mitglieder der Fraktion der SPD die Ablehnung beider Vorlagen empfohlen.

Der Haushaltsausschuß hat am 12. Juni 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung beider Vorlagen empfohlen.

Der Ausschuß für Verkehr hat die Anträge am 19. Juni 1996 und am 26. Juni 1996 beraten. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der geänderten Fassung ohne die Ziffern 2 und 3 – die von den Antragstellern für erledigt erklärt wurden – und der Antrag der Gruppe der PDS wurden mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

II.

Beide Antragsteller fordern, von der Planung des Großflughafens im Raum Berlin-Brandenburg Abstand zu nehmen, den Flughafen Tempelhof kurzfristig und den Flughafen Tegel bis zum Jahr 2000 bzw. 2005 zu schließen sowie den Flugverkehr langfristig am bestehenden Standort Schönefeld abzuwickeln. Darüber hinaus fordert die Gruppe der PDS, die Start- und Landekapazität des Flughafens Schönefeld nicht zu erweitern und vorrangig die entsprechenden verkehrspolitischen Bedingungen zu schaffen, um den Kurzstreckenflugverkehr durch die Bahn zu ersetzen.

Aufgrund des sog. Konsensbeschlusses zwischen dem Bundesminister für Verkehr, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg zum Flughafenkonzept Berlin-Brandenburg vom 28. Mai 1996 betrachtete die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ziffern 2 und 3 ihres Antrags für erledigt und zog sie zurück. Zur Abstimmung stand nur noch Ziffer 1, wonach von der Planung eines neuen Großflughafens im Raum Berlin-Brandenburg Abstand genommen werden sollte. Da nach Ansicht der Antragsteller die Frage der Dimensionierung des Flughafens Schönefeld keineswegs geklärt sei, stehe es dem Deutschen Bundestag zu, sich zu dieser Frage zu äußern.

Die Gruppe der PDS betonte, daß trotz des Konsensbeschlusses beide Anträge noch aktuell seien. Insbesondere seien die Fahrgastprognosen zu kritisieren, die Planungen zur Folge haben könnten, die aus gesamtwirtschaftlichen und ökologischen Gründen nicht tragbar seien.

Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der SPD lehnten beide Anträge ab, da sie u. a. dem sog. Konsensbeschluß widersprechen würden. Auch sei der Bund bei der Flughafenplanung im wesentlichen nur für die Frage des Verkehrswegezugangs und nicht für die Dimensionierung des Flughafens zuständig.

Bonn, den 26. Juni 1996

Dr. Klaus Röhl

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333